



Eingang

10. Mai 2023

Schl.-Holst. Landtag
-Landtagsverwaltung-

Medibüro Kiel
c/o ZBBS e.V.
Sophienblatt 64a
24114 Kiel

Tel.: 01577 189 44 80
(nur Di 15.30 - 17.30)
Fax: 0431 - 200 11 54

E-Mail: info@medibuero-kiel.de
Web: www.medibuero-kiel.de

Spendenkonto:
Medibüro Kiel e.V.
IBAN DE41 5206 0410 0006 4464 69
BIC GENODEF1EK1

Sehr geehrter Herr Dr. Galka,

ich danke im Auftrag des Medibüros Kiel für die Einladung. Wir können bzw. möchten aus den folgenden Gründen nicht an dem Fachgespräch teilnehmen, möchten jedoch gerne eine schriftliche Stellungnahme abgeben.

Das Medibüro Kiel arbeitet ausschließlich ehrenamtlich. Wir bieten einmal in der Woche eine Sprechstunde an, in der wir die Erkrankten jedoch nicht selbst behandeln. In einem orientierenden Gespräch versuchen wir, herauszufinden, um welches Problem es sich handelt, rufen dann eine fachlich geeignete Praxis an, ob sie bereit ist, diesen Fall ehrenamtlich zu übernehmen, zu versorgen. Wie Sie wissen, ist die Lebenssituation der Menschen, die uns um Hilfe bitten, oft sehr kompliziert und auch psychisch sehr belastet. Wenn wir Traumatisierte oder psychisch erkrankte Menschen in unserer Sprechstunde sehen, sind wir offen gesagt meist hilflos. Es gibt schlicht keine ehrenamtliche, angemessene fachliche Beratung. Selbst wenn wir z. B. beim ZIP einen Termin bekommen könnten, reichen unsere Spendengelder für so einen intensiven Behandlungsprozess nicht aus. Diese psychisch erkrankten Menschen ohne Papiere finden also in der Regel keine Diagnostik und Behandlung. Unser Rat, im Notfall eine Ambulanz einer psychiatrischen Klinik aufzusuchen, wird aus verständlichen Gründen nicht wahrgenommen.

Erst wenn diesen Erkrankten eine realistische Behandlung angeboten werden kann, könnte unsere Mitarbeit an einem Expertengespräch sinnvoll werden.

Neben oben genannten Gründen sprechen wir uns entschieden gegen die spalterische Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Straftätern aus, die sowohl im Antrag der CDU/Bündnis 90/Die Grünen als auch im Antrag der FDP deutlich zu Tage treten. Wir lehnen die unterschwellige Zielsetzung, straffällig gewordene Migrant*innen schneller abzuschieben bzw. sie von der Zuerkennung eines Schutzstatus auszuschließen, ab. Im Rahmen des bisher gültigen Aufenthaltsgesetzes gibt es bereits entsprechende rechtliche Möglichkeiten, warum diese verschärft werden sollen, erschließt sich uns nicht. Zuletzt lehnen wir die unterschwellig entstehende rassistische Verknüpfung von „Messern Angriffen“ mit „Migranten/Geflüchteten/psychisch Erkrankten“ ab.

Nicht Abschiebung oder Verhinderung von Aufenthaltsstatus für Migrant*innen kann die Antwort auf Straftaten von psychisch Erkrankten sein, sondern ein Auf- und Ausbau eines engmaschigen Hilfesystems und eine kompetente individuell angepasste ärztliche und psychotherapeutische Behandlung muss das Ziel sein.

Mit freundlichem Gruß

Mün

*(Für das Medibüro:
Peter Reibisch)*